

Ausländerzentralregister (AZR) Datenschutz 2. Klasse für Ausländerinnen und Ausländer ?

Thilo Weichert, Leiter des ULD
Einwandererbund
Elmshorn, Dienstag 3. Juni 2014

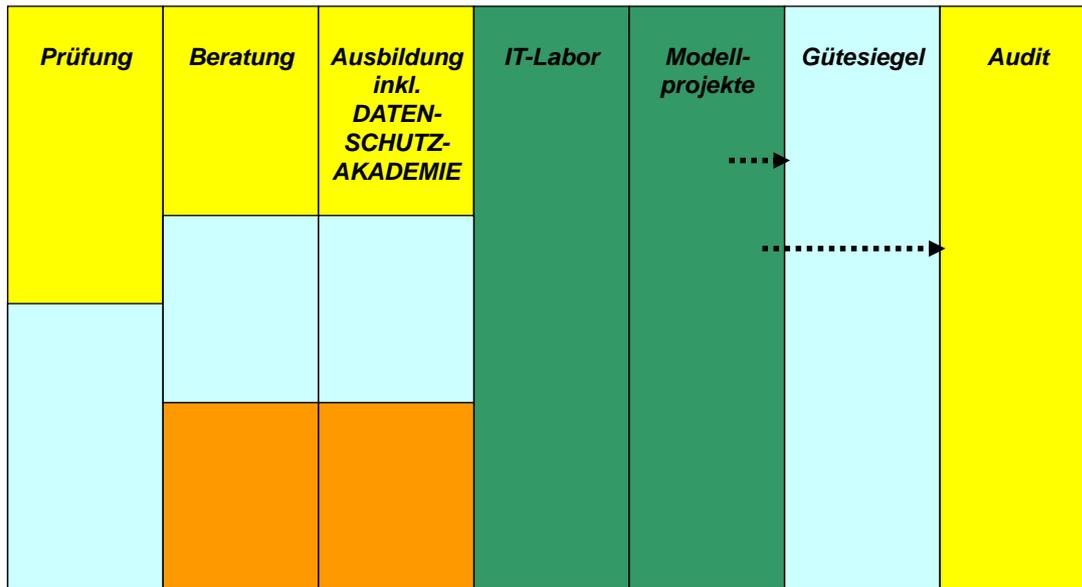


www.datenschutzzentrum.de

Inhalt

- Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz – ULD
- Geschichte
- Rechtsgrundlagen
- Ausländerzentralregister
- Europäische Erfassung und Kommunikation
- Schengen, Eurodac, Frontex
- Visa-Verfahren
- Sicherheitsbehörden
- Internet
- Betroffenenrechte

Datenschutz und Informationsfreiheit



Primäre Adressaten:
 Öffentl. Verwaltungen
 Unternehmen
 Bürger, Kunden, Patienten
 Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung

Nationalsozialismus

1934/35 Rassenpolitisches Amt > Ausländerkartei

1935/39 Sonderregistrierung von Juden, Zigeunern und Fremdvölkischen, Spezialkarteien zu Polen, Ukrainern, Weißrussen, Kaschuben

1938 Ausländerzentalkartei gem. Ausländerpolizeiverordnung

- Versorgungs- und Arbeitskräfteplanung
- Kontrolle, Evakuierung (Deportation), Vernichtung

Verfassungsrechtliche Grundlagen

- Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung (Art. 2 I i.V.m. 1 I GG), gilt auch für Nicht-Deutsche
- Grundrecht auf Asyl für politische Verfolgte, wenn nicht aus sicherem Drittstaat kommend (Art. 16a GG)
- Schutz von Freiheitsrechten (Glaube, Gewissen, Meinung, Ehe, Familie, Art. 4-6 GG), nicht politische Grundrechte (Versammlung, Vereinigung, Art. 8, 9 GG)
- Schutz von Privatsphäre und personenbezogenen Daten (Art. 7, 8 EuGRCh)
- Asylrecht nach Genfer Abkommen (Art. 18 EuGRCh)
- Freiheits- und politische Rechte (Art. 9 ff. EuGRCh)

Bundesrepublik

- Britische Besatzungszone > Ausländerzentalkartei
- 1953 Ausländerzentralregister (AZR beim Bundesverwaltungsamt, BVA) wegen der „Notwendigkeit einer verstärkten Überwachung der Ausländer im Bundesgebiet“
- 1959 erstmalige gesetzliche AZR-Erwähnung im BVA-G
- 1967 Umstellung des AZR auf ADV
- 1983 BVerfG: Volkszählungsurteil: Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung gilt auch für Ausländer
- 1990 Neukonzeption des AZR
- 1994 AZRG tritt in Kraft (seit 1988 Gesetzgebung)

AZR-G I

§ 1 Abs. 2 (Zweck): AZR „unterstützt ... die mit der ausländer- und asylrechtlicher Vorschriften betrauten Behörden und andere öffentliche Stellen“

§ 2 (Betroffene): Speicherung bei nicht nur vorübergehendem Aufenthalt, auch Asylantrag, Flüchtling, AufenthaltsR, Einreisebedenken, Zurückweisung, Festnahme, Auslieferung ...

§ 3 (Inhalt): Stellen (u. a. AuslB), AZR-Nr., Anlässe, Namen, Umzüge, Entscheidungen, Begründungstexte

§ 5 Suchvermerke durch öffentl. Stellen

§ 6 Einmeldung durch AuslB, VisaB, BAMF, Grenzpolizei, Polizei, Staatsanwälte

§ 7 Automatisierte Direkteingabe

AZR-G II

- § 12 Gruppenauskunft
- §§ 15 ff. Datenübermittlung an AuslB u. a., incl. VerfSch, MAD und BND
- § 23 Statistik
- §§ 25 f. DÜ für humanitäre und soziale Zwecke, an int. Organisationen
- §§ 28 ff. Visa-Datei
- § 34 ff. Betroffenenrechte (u. a. Auskunft)
- §§ 40, 41 Rechtsverordnung und Verwaltungsvorschriften

Europäischer Gerichtshof

Urteil vom 16.12.2008 – C-524/06 – Huber

- Zentrale Verfügbarkeit ausländerrechtlicher Dokumente kann erforderlich sein
- Beschränkung der Daten auf aufenthaltsrechtliche Erforderlichkeit – bei Freizügigkeitsregelungen nur eingeschränkte Erforderlichkeit
- Personenbezug bei statistischen Zwecken nicht erforderlich
- Kriminalitätsbekämpfungsinstrumente, die EU-Staatsangehörige und Nationalstaatler verschieden behandeln, ist unzulässig

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)

- Sitz: Nürnberg, ehemals BAFl., ca. 2.200 Mitarbeitende
- Zuständig für Asylverfahren, Führung AZR, Migration und Integration (incl. Sprachkurse), Flüchtlingsschutz, freiwillige Rückkehrförderung, Kooperation mit europäischen Behörden
- Informationstechnik: Vernetzung der Ausländerbehörden, Betrieb von Fachanwendungen, Bereitstellung von Informationen (MILo, Informationsportal Ausländerwesen, Geodaten)

Sonstige Ausländer-DV

- §§ 86 ff. AufenthG: DV bei AuslB incl. Denunziationspflicht
- Auslandsvertretungen (Ausw. Amt, Botschaften, Konsulate)
- Einbürgerungsbehörden
- Bundeskriminalamt: INPOL (Fahndungsausschreibung, AFIS – Fingerabdrucke auch für ausl.r. Zwecke)
- Sonstige: GBA, Geheimdienste, Sozialämter ...

Europarechtliche Grundlagen

- Schengener Durchführungsübereinkommen (Art. 96 SDÜ)
- Dubliner Vertrag
- EURODAC
- Visa-Regelungen
- FRONTEX
- EUROPOL

Technische Identifikation

- Rechtsgrundlage Identitätsfeststellung: § 16 AsylVfG
- Automatisiertes Fingerabdruckinformationssystem (AFIS)
Seit 1993 Fingerabdrücke aller Asylsuchenden, 10 Finger
Betrieb beim Bundeskriminalamt in Amtshilfe (BKA), Teil von INPOL
- zusätzlich Lichtbild, Herkunftsbestimmung durch Sprachanalyse, Identifikation auch über Iris-Scan
- 10 Jahre Aufbewahrung
- Nutzungsmöglichkeit auch für Strafverfolgung und Gefahrenabwehr

Schengen Informationssystem (SIS)

- Europäische Fahndungsdatei, u. a. Einreiseverweigerung für Drittausländer (Art. 96 SDÜ), 46 Mio. Datensätze (1/2013)
- Integriert in EU-Recht
- Zugriff durch EU-Mitgliedstaaten (- GB IRL, + ISL, N, CH, FL): C-SIS Straßburg – N-SIS (BKA)
- Umsetzung des Schengen-Übereinkommens bzw. des Dublin-II-Vertrags
- Abfrage u. a. bei Grenzkontrolle
- Seit 1995 im Betrieb, seit 3/2013 SIS II mit Fingerabdrücken und Lichtbildern

EURODAC

- Eingerichtet 2003
- Fingerabdrücke Asylsuchende und illegale Grenzübertritte von Personen über 14 Jahre
incl. Herkunftsstaat, Asylantragstellung, Geschlecht, Kennnummer
- Zugriff durch Behörden in den Mitgliedstaaten
- Geplant (EU-Kommission): Nutzung für Strafverfolgung

Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen (Frontex)

- EU-Gemeinschaftsagentur, Sitz Warschau
- Koordination des Schutzes der EU-Außengrenzen (operativ, Einsatz von Überwachungs- u, Kommunikationstechnologie, Unterstützung bei Abschiebungen, Kooperation mit Sicherheitsbehörden in Drittstaaten)
- Identifikation und Befragung von Flüchtlingen
- Informationsaustausch über Frontex Situation Centre (FSC)

Tendenz: Vollkontrollen und Screenings von
Grenzbewegungen (vgl. PNR)

Visa-Verfahren

- Visa-Warndatei-Gesetz vom 22.12.2011 (BGBl. I, 3037)
- Geführt beim BVA
- Zweck: Verhinderung des Visa-Missbrauchs
- Inhalte: aufenthaltsrechtl. relev. Straftaten, Visumtäuschung, auch als Einlader, Verpflichteter oder Referenzperson
- Abgleich mit der Anti-Terrordatei

- Zusätzlich Konsultationsverfahren (§ 73 AufenthG)
- Datenabgleich mit Geheimdiensten und Sicherheitsbehörden bei riskanten Herkunftsländern

EU-Visa-Informationssystem (VIS)

- Rechtsgrundlage: VO (EG) 767/2008
- Zweck: Koordinierung der Visa-Verfahren im Schengen-Raum (incl. ISL, N, CH)
- Status: Betriebsaufnahme am 11.10.2011 bzgl. Nordafrika, Erweiterung geplant für arabische Staaten
- Datenarten: zu Antragstellenden, zum Verfahren, Foto, Fingerabdrücke, Speicherdauer 5 Jahre
- Zugriff: Visum-, Grenzkontroll- und Asylbehörden

GASIM

= Gemeinsames Analyse- und Strategiezentrum Illegale Migration

Informations- und Koordinationseinrichtung für BKA, Bundespolizei (Geschäftsführung), BAMF, Zoll, BND, BfV und Auswärtiges Amt

Start: 02.05.2006

Tätigkeit: operative Absprachen und Austausch umfangreicher individueller Daten (gemäß Einzelgesetzen)
nach BfDI-Bearbeitung: gestuftes Übermittlungskonzept

Antiterrorlisten

- Rechtsgrundlage: UNO-Regeln und EU-Verordnungen
- Art. 2 Abs. 2 VO (EG) Nr. 881/2002: Gelisteten Personen dürfen „weder unmittelbar noch mittelbar Gelder oder wirtschaftliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden oder zugute kommen“
- Nach Entscheidungen, u.a. des EuGH: Unterrichtungspflicht incl. Gründe und Gelegenheit zur Stellungnahme

Passersatzbeschaffung und Konsulate

- Feststellung der Identität (§ 49 AufenthG)
- Mitwirkungspflicht (vgl. auch § 82 AufenthG)
- Rückführungsabkommen mit einzelnen Staaten
- Evtl. Sprachanalyse
- Evtl. Einschaltung International Organization of Migration
- Vorführung vor Auslandsvertretung Heimatstaat od. ermächtigten Bediensteten
- Freiwilligkeitserklärung
 - > Erforderlichkeitsprüfung
 - > Zumutbarkeitsprüfung

Elektronischer Aufenthaltstitel

- Rechtsgrundlage § 78, 78a AufenthG gemäß EU-Recht
- Einführung 01.09.2011 (Ersatz für Pass-Aufkleber)
- Betroffen: EU/EWR-Drittstaatler
- Funktionen (analog ePersonalausweis): Identifikation online und offline
- Daten: Identifizierungsdaten, Adresse, Unterschrift, zwei Fingerabdrücke, Aufenthaltsstatus (incl. Beschäftigung)

Beispielhafte weitere Fragen

Sicherheitsbefragungen

- werden durchgeführt bei Erkenntnissen von Geheimdiensten od. Sicherheitsbehörden bzgl. schwerer Straftaten, Terrorismus od. Extremismus

EU-Projektförderung

- Speicherung sensibler Daten (Förderbedarf): namentliche Nennung gegenüber Trägern und Dienstleistern ?

Auslands-Geheimdienste in Deutschland

- Konsulats- und Botschaftsmitarbeitende (u. U. diplomatischer Schutz)
- Einsatz von V-Leuten und verdeckten Mitarbeitern (Migrantenorganisationen)
- Abschöpfen von Übersetzungsleistungen
- Einsatz von technischen Mitteln der Beobachtung (z. B. Video bei Demonstrationen) und TK-Überwachung
- Teilweise Kooperation mit deutschen Diensten
- Druck auf Freunde und Verwandte im Heimatstaat
- Strafbarkeit nach deutschem Recht

Soziale Netzwerke

- Nützlich für internationale Kommunikation und Information
- Zentrale Speicherung bei Anbietern (z. B. in den USA)
- Geringe Sicherheitsstandards (z. B. Einbindung von App-Anbietern)
- Hintertüren für Sicherheitsdienste im Heimatstaat
- Teilweise Totalkontrolle – über Kommunikation, soziale/politische Kontakte > Nutzung für Repression
- Hilfen: Verschlüsselung, Dezentralisierung, Anonymisierung, Pseudonymverfahren, Verschleierung

NSA – GCHQ – Five Eyes

- Kooperationsverbund der Informations-Geheimdienste von USA (National Security Agency), Großbritannien (Government Communications Headquarters), Kanada, Australien und Neuseeland
- Zielsetzung: Komplettüberwachung des Internet für außenpolitische und diplomatische Zwecke und Sicherheitszwecke (Strafverfolgung, Einreiseverweigerung, geheimdienstliche Beobachtung, Kriegsführung)
- Überwachte Medien: Soziale Netzwerke, E-Mailverkehr, Cloud Computing, Webverkehr, individuelle Rechner

Betroffenenrechte

- Auskunft und Akteneinsicht (§ 19 BDSG)
- Benachrichtigung (§ 19a BDSG)
- Berichtigung, Löschung und Sperrung (§ 20 BDSG)
- Widerspruch (§ 20 V BDSG)
- Anrufung der Datenschutzkontrolle (§ 21 BDSG)
- Schadenersatz (§ 8 BDSG)

Technische Hilfen

Rechtsschutz, national, europäisch, evtl. auch über EGMR

Ausländerzentralregister (AZR) Datenschutz 2. Klasse für Ausländerinnen und Ausländer

Dr. Thilo Weichert

Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-
Holstein (ULD)

Holstenstr. 98, D- 24103 Kiel

mail@datenschutzzentrum.de

<https://www.datenschutzzentrum.de>